

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das "Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Einmalige Belegzahl 1,20 RM. Inland: 10 Pf. Ausland: 15 Pf. Die Postämter sind zu bestellen. Einzelhefte 10 Pf. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Anzeigenpreis: die 4-spaltige Raumzeile 20 Rpf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichsmark. Die 3-spaltige Raumzeile im zeitlichen Teil 1 RM. Nachmittagsbeleg 20 Reichsmark. Die 3-spaltige Raumzeile im zeitlichen Teil 1 RM. Nachmittagsbeleg 20 Reichsmark. Die 3-spaltige Raumzeile im zeitlichen Teil 1 RM. Nachmittagsbeleg 20 Reichsmark.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 34 — 92. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amisblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2540 Donnerstag, den 9. Februar 1933

Grenzwacht im Osten.

Das Schicksal, das Polen jetzt in Genf gegen den französischen Abrüstungsplan führt, hat offensichtlich den Zweck, die Lage zu vernebeln und ein Herausarbeiten der Hauptpunkte, die jetzt zunächst erledigt werden müssen, zu verhindern. Der Vorschlag des polnischen Vertreters, den er mit seinen Bedenken gegen die französischen Anträge begründet, geht dahin, der Konferenz den Abschluß des ersten Verhandlungsabschnittes vorzuschlagen. Würde die Konferenz auf diesen Vorschlag eingehen, so würde dies eine Banerottenerklärung der Abrüstungsbestrebungen bedeuten, d. h. das ausdrückliche Klarwerden eines Zustandes, wie er unausgesprochen bereits seit langem besteht. Polen handelt damit im Interesse Frankreichs, das an einer Abrüstung, die nicht unter seiner Kontrolle und seiner Vormacht steht, gar kein Interesse hat und die Hoffnung auf die Durchsetzung seiner Absichten in Genf immer mehr schwinden sieht. Die polnischen Bestrebungen auf einen vorläufigen Abschluß der Konferenz dürften aber auch auf die Befürchtung zurückzuführen sein, daß territoriale Disputen auf der Konferenz zur Sprache kommen könnten.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß, nachdem die militärische Gleichberechtigung Deutschlands jetzt theoretisch festgelegt ist, es auf dem schnellsten Wege zu ihrer praktischen Auswertung kommen muß. Es kann nicht warten, bis die Abrüstungskonferenz ihre Beschlüsse gefaßt hat, denn die Bedrohung seiner Sicherheit an seiner Grenze wächst von Tag zu Tag. Schuld an dieser Unruhe ist aber nicht diese durch das Versailles Diktat gezogene Grenze selbst. Wir wollen eine Revision dieser Grenze, wie schon fast zu oft betont worden ist, nicht auf kriegerische, sondern auf friedliche Weise; wir müssen aber auf jeden Fall Vorkehrungen treffen, daß nicht von der anderen Seite der Grenze her eine „Revision“ der Grenzlinie im polnischen Interesse vorgenommen wird, die wahrscheinlich nicht gerade friedlich ausfallen dürfte. Wir werden unsere Rüstungsfreiheit nicht aufzugeben, nicht zu Angriffszwecken, aber zur Verteidigungsvorbereitung und zu einem „Wohlfühlherd“ nicht weiter! Polen gegenüber. Wenn wir auf diese Weise die Versailles Grenze zunächst „gesichert“ haben, wird es uns auch leichter fallen, ihre Abänderung, wie sie unserer nationalen Ehre und Sicherheit entspricht, zu erreichen.

Daß die Berechtigung der deutschen Forderungen in bezug auf die Ostgrenze immer mehr auch in weiten Kreisen, die ihr früher entgegengestanden haben, anerkannt wird, dafür bieten Anhaltspunkte des früheren englischen Außen- und Marineministers Austen Chamberlain einen Beweis, der auf die Anfrage eines französischen Pressevertreters über die französisch-englischen Beziehungen u. a. folgendes erklärte: „Die Deutschen haben von sich aus in Locarno für immer auf Elsass-Lothringen verzichtet. Wir können nicht von ihnen verlangen, daß sie förmlich auf alle Hoffnungen, ihre Ostgrenzen zu ändern, verzichten. Wir haben aber das Recht, sie zu bitten, daß sie wenigstens im Sinne der von ihnen übernommenen Verpflichtungen handeln, das heißt, niemals zum Kriege schreiten, um die von ihnen gewünschten Verbesserungen durchzusetzen. Und unsererseits müßten wir alles tun, was in unseren Kräften steht, um den Deutschen zu helfen, die Vergangenheit zu vergessen und um ihnen das Leben exträglich zu machen. Man darf sie nicht in die Lage eines Spielers versetzen, der alles verloren hat, aus Verzweiflung seinen letzten Trumpf ausspielt und seine Umgebung in seinen Zusammenbruch mitzureißen droht. Sie können nicht verlangen, daß das Leben beiseite geht und sich um eine Formel, um einen Vertrag kristallisiert. Das Leben geht seinen Gang, und man muß auf das Leben vertrauen, und Sie müssen die Realität des Siegers, die Ihnen nicht zuhört, aufgeben.“

Holland in Not.

Nicht erst die phantastische Meuterei und -sahrt des holländischen Panzerkreuzers „Sieben Provinzen“ hat die Rede von den schweren Sorgen weggezogen, die Holland mit seinem riesigen ostindischen Kolonialbesitz seit langem hat. Denn immer noch gewaltig groß ist dieser Besitz, den die Natur zu einem Paradies auf Erden machte. Aber auch in dieses Paradies schlich sich die Schlange der Weltkrise und schuf furchtbares Elend. Haben doch gerade die tropischen und subtropischen Länder ganz besonders darunter zu leiden, daß die Preise ihrer Naturprodukte aufs stärkste zusammengesunken sind. Bisher auch wieder überall die Fülle, die von den Verbraucherländern gegen die Einfuhr dieser Naturprodukte errichtet waren. Holland und seine Kolonien sind in Not. Außerdem — Asien rührt sich. Die Goldberaubung auf der holländischen Kriegsflotte — von deren Dasein wohl in Europa überhaupt nicht allzuviel gewußt haben mögen — hat schon mal auf einer anderen Flotte, der englischen, einer „Matrosenaufstand“ zur Folge gehabt. Aber dort war dies wirklich nur eine Lohnbewegung gewesen und war

Neue Kabinettsitzung.

Einzelheiten des Regierungsprogramms.

Hitler und Eugenbergs werden sprechen. Die Reichsregierung ist am Mittwoch zu einer neuen Beratung zusammengetreten, die vorwiegend politischen Fragen galt. Auch Personalangelegenheiten, die vor allem das Reichsarbeitsministerium betreffen, sollten besprochen werden. Es handelte sich dabei vor allem um die Frage, ob Reichsarbeitsminister Selde das Reichskommissariat für den Arbeitsdienst selbst übernehmen würde, oder ob dieses Kommissariat mit einer anderen Persönlichkeit besetzt werden soll. Allgemein wurde angenommen, daß Minister Selde auch das Amt des Reichskommissars für den Arbeitsdienst erhalten wird, wobei er eine Persönlichkeit aus dem Stabbelm zu seinen engeren Mitarbeiter in Arbeitsdienstfragen berufen wird. Mit der Bekanntgabe von Einzelheiten des Regierungsprogramms wird in den nächsten Tagen zu rechnen sein. So wird Reichskanzler Hitler in seiner Rede, die am Freitagabend auf einer Kundgebung der Nationalsozialistischen Partei im Berliner Sportpalast gehalten wird die politischen Aufgaben der neuen Reichsregierung näher umreißen, während Reichswirtschafts- und Reichsernährungsminister Dr. Eugenbergs am dem Deutschlandnationalen Parteitag am Sonnabend Näheres über den künftigen einzuschlagenden Weg der von ihm geleiteten Ministerien mitteilen wird.

Die Sitzung des Reichskabinetts.

Finanz- und wirtschaftspolitische Fragen beraten. Das Reichskabinettsberiet Mittwoch, wie amtlich mitgeteilt wurde, eingehend eine Reihe finanz- und wirtschaftspolitischer Fragen sowie Maßnahmen zur Vinderung schwerer wirtschaftlicher und sozialer Schäden. Die Beratungen hierüber werden in den nächsten Tagen fortgesetzt.

Eine neue Klage Brauns.

Gegen die Auflösung des Landtages. Die abgelehnte Regierung Braun hat dem Staatsgerichtshof in Leipzig eine zweite Klage überreichen lassen, die sich gegen das Deutsche Reich und den Reichskommissar für das Land Preußen, von Papen, richtet und die Auflösung des Preussischen Landtages zum Gegenstand hat. Die Klageschrift umfaßt elf Schreibmaschinenseiten und zehn Seiten Anlagen. Der Entscheidungsantrag ist wie folgt formuliert: 1. Die am 6. Februar durch den Reichskommissar von Papen und den Präsidenten des Preussischen Landtages, Kerrl, ausgesprochene Auflösung des am 24. April 1932 gewählten Preussischen Landtages steht mit der Reichsverfassung und der preussischen Verfassung nicht im Einklang und ist daher ungültig. 2. Der Reichskommissar für das Land Preußen durfte eine Neuwahl zum Preussischen Landtag nicht anberaumen; die von ihm anberaumte Neuwahl ist unzulässig. Die Klage wird im wesentlichen damit begründet, daß die Entsendung des Reichskommissars von Papen in den Dreimännerausschuß nach Ansicht des preussischen Ministeriums verfassungswidrig sei.

Wurde eine Lohnvereinbarung beendet worden. Bei der Meuterei der Eingeborenen-Matrosen auf dem holländischen Panzerkreuzer aber gefolgt sich zu diesen Lohnpolitischen Motiven auch solche revolutionärer Art, die von Russland aus in die Massen Asiens hineingetragen wurden. China überfluteten, dort fast zum Siege gelangten, dann nach Westen vordrang. Die Weltwirtschaftskrise ebnete überall den Weg und — Holland kann nur mit Anspannung aller Kräfte seinen Kolonialbesitz gegen diese Wellen schützen.

Man hat bei der Meuterei auf dem holländischen Panzerkreuzer also nicht mit Unrecht an jene andere erinnert, die vor 28 Jahren auf dem russischen Panzerkreuzer „Potemkin“ ausbrach und durchaus revolutionären Charakter trug. Auch hier führte ein fast unbekannter Vorgang zum Ausbruch einer Meuterei, die allerdings wesentlich blutiger verlief als die Meuterei auf den „Sieben Provinzen“. Sehr unblutig endete sie aber für die Teilnehmer an ihr, da diese schließlich in einem rumänischen Hafen ungestört das Schiff verlassen konnten. Für die Meuterei auf dem holländischen Panzerkreuzer sah die ganze Sache aber von Anfang an ganz hoffnungslos aus und es ist fast schon ein Wunder, daß das Schiff solange auf dem Indischen Ozean, an den Küsten von Sumatra, herumgeirrt konnte. Aber ebenso wie der Schiffskommandant und seine Offiziere scheint die holländische Zentralregierung der Kolonien in Batavia von dem Ausbruch der Meuterei völlig überrascht worden zu

Auch Württemberg klagt nicht.

In dem neuen Konflikt Preußen-Reich bemerkt das Deutsche Volksblatt, das württembergische Zentrumorgan: Die württembergische Regierung wird in dem neuen Konflikt nicht aktiv werden. Sie hat sich nach dem 20. Juli des vergangenen Jahres eine weitgehende Zurückhaltung auferlegt, ohne dabei die nachdrückliche Vertretung der Landesinteressen außer acht zu lassen. Auch jetzt wird sie ein aktives Vorgehen der alten preussischen Regierung und dem Preussischen Landtag überlassen.

Die NSDAP. gegen Kulturkampf.

Die NSDAP. schreibt u. a.: Es muß mit aller Deutlichkeit festgestellt werden, daß die Behauptung des Zentrums und seiner Presse, die nationale Regierung habe kulturkämpferische Tendenzen, in vollem Umfange un-wahr ist. Allein schon die Tatsache, daß die NSDAP. eine führende Stellung im Reichskabinetts einnimmt, ist dem christlichen Deutschland Beweis dafür, daß in der neuen Regierung der Grundsatz der Parität der Konfessionen des positiven Christentums garantiert ist. Die erste Regierungserklärung des Kabinetts bringt den Willen der Regierung nach Ausschalten jedes konfessionellen Streites zum Ausdruck, indem sie das Christentum als die Basis unserer gesamten Moral proklamiert.

Hitler über die Aufgaben der Presse.

Reichskanzler Hitler empfing eine Anzahl leitender Redakteure der Berliner und in Berlin vertretenen großen Zeitungen des Reichs. Er führte dabei aus, daß er persönlich und die Reichsregierung keineswegs auf dem Standpunkt ständen, daß die Presse genebelt werden solle. Was die Reichsregierung aber von der Presse erwarten müsse, sei, daß sie den neuen Männern den guten Willen zubillige, das Beste für Volk und Vaterland zu leisten.

Sie müsse verlangen, daß die notwendige und sachliche Kritik sich von persönlichen Injurien fernhalte. Hitler kam wiederholt auf die Notwendigkeit und Nützlichkeit der Kritik in der Presse zurück. Wenn sie manchmal auch unangenehm sei, so treibe sie die Dinge doch vorwärts und zwingt die Regierenden, so sachlich und gut zu arbeiten, daß sie vor jeder Kritik eben bestehen könnten. Die neue Reichsregierung habe den festen Willen und die unerschütterliche Überzeugung, daß durch ihre Arbeit das deutsche Vaterland wieder zu einem glücklicheren, schöneren und freieren Dasein geführt werden würde, als das Reich von heute es seinen Bürgern zu bieten vermöge. Er sehe mannigfache Möglichkeiten einer negativen Mehrheit in Deutschland. Aber eine andere positive Mehrheit als die heutige sehe er nicht.

Der Reichskanzler schloß seine Ausführungen mit der Ankündigung, daß gegen die wenigen, die Deutschland heute schädigen wollten, allerdings mit äußerster Schärfe vorgegangen werden müsse. Er gebrauchte wirklich die Ausrufung: „In zehn Jahren wird es in Deutschland keinen Marxismus mehr geben.“

An die aber, die mit gutem Willen an der Rettung des Vaterlandes mitarbeiten wollten, richte er die Bitte, diesen guten Willen auch bei der Regierung vorauszusetzen.

sein. Allerdings soll der Kommandant der Seebasen in Hollandisch-Indien schon vor einiger Zeit den Offizieren und Unteroffizieren befohlen haben, ihre — Pistolen stets schußfertig zu halten. So ist der Ausbruch der Meuterei auf dem Panzerkreuzer eine Überraschungssache, die aber ohne weiteres beweist, daß eine Flotte mit derartiger Mannschaft im Ernstfall natürlich nicht den geringsten Gefechtswert besitzen kann.

Die Meuterei ist aber nicht bloß auf dem Panzerkreuzer emporgelodert, sondern auch auf dem Lande. In Surabaja, der Hauptstadt der Insel Java, kam es zu schweren Meutereien — und das geschah in einer Festung, die zugleich Sitz des holländischen Residenten ist. Was sonst noch geschehen sein mag, dürfte höchstens auf Schleichwegen mal der größeren Öffentlichkeit bekannt werden. Und nicht gerade zur Erhöhung ihrer Autorität wird es dienen, daß die Holländer das meuternde Schiff Tage hindurch an den Küsten ihrer Kolonien entlang fahren lassen mußten, ohne es hindern zu können; hinterher ohnmächtig und zähneknirschend der Kommandant des „verloren“ gegangenen Panzerkreuzers. Aus dieser Ohnmacht, dem — zwangsweise — viel zu lange verjögerten Zwaden erwacht aber nicht nur eine leichte Komik, sondern eine schwere Gefahr für die Holländer in Ostasien, die noch längst nicht damit gebannt ist, wenn man das Schiff zurück „erobert“ hat.

Und dieses holländische Kolonialreich liegt vor den Küsten des englischen Ostindiens!